



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

zum Thema Flüchtlinge bin ich in der „Bild“ verkürzt und damit fälschlich zitiert worden. Ich habe nicht bedingungslos Ja gesagt, sondern vielmehr dafür geworben, Frau Merkel Zeit für bilaterale Gespräche zu geben, um eine europäische Lösung zu finden. Sonst fliegt uns Europa um die Ohren. Ich bezweifle, dass Minister Seehofer wirklich einen Bruch der Fraktionsgemeinschaft und der Koalition in Kauf nimmt. Er droht schon seit Zwei Jah-

ren, dass er wegen der Flüchtlingspolitik vor das Verfassungsgericht zieht. Das tut er nicht, weil er Angst hat, eine Abfuhr zu kassieren.

Mit großen Bauchschmerzen habe ich dem Parteienfinanzierungsgesetz zugestimmt. Die im Grundgesetz geregelte Parteienfinanzierung dient dazu, dass Parteien ihre Aufgaben unabhängig von Lobbyisten wahrnehmen können. Die übereilte Einbringung des Gesetzentwurfes ist erfolgt, weil die Parteien zum Teil erhebliche Finanzierungsprobleme haben. Datenschutzaufwand, Cyberspace-Attacken und

das Bemühen, junge Wähler über die Netzwerke zu erreichen, verursachen einen erheblichen Mehraufwand. Die realistisch eingestellten Parteien profitieren eben nicht von Millionenzuwendungen wie die AfD, die sich ihren Wahlkampf zum Teil von nicht genannten Spendern finanzieren lässt. Dann fällt es leichter, gegen eine Erhöhung zu sein.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.
Herzlichst Ihr

Antrittsbesuch der Botschafterin aus Myanmar

Es hat mich sehr gefreut, dass die Botschafterin Myanmars Frau Yin Yin Myint am Mittwoch (13.06.2018) zu mir zu einem Antrittsbesuch gekommen ist. Thematisiert wurde die Vertreibung der Rohingya, zu der wir erst kürzlich im Bundestag eine Resolution verfasst haben, die die Regierung in Myanmar scharf kritisiert, sowie die Verletzung der Menschenrechte. Das musste bei einem solchen Besuch angesprochen werden. Frau Yin Yin Myint stellte den Standpunkt der Regierung dar. Einig waren wir uns zumindest in der Zielsetzung,

dass 700.000 Flüchtlinge, die in Bangladesch unter schlimmen Bedingungen im Lager leben, ein Recht auf Rückkehr bekommen

sollen. Ich plane im Herbst das Land zu besuchen, um vor Ort mit Betroffenen und Verantwortlichen zu sprechen.



Erziehung, Bildung, Qualifikation und dann Arbeit

In der von der Fraktion Die Linke beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Familienförderung ernst nehmen – Kinderarmut bekämpfen“ habe ich am Mittwoch (13.6.2018) folgende Rede im Deutschen Bundestag gehalten:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste, schön, dass Sie da sind!

Armut ist ein schillernder und relativer Begriff, genau wie Reichtum. Wenn ich mich mit Bill Gates vergleiche, dann bin ich ein armer Schluckspecht. Ich möchte einmal meine Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum fragen, wer sich von Ihnen als reich empfindet. Ich empfinde mich als außerordentlich reich. Ich habe viel mehr, als ich zum Leben brauche. Das Bundesverfassungsgericht bestimmt und wacht immer sehr genau darüber, was zum Leben notwendig ist, und zwingt uns als Parlament – manchmal sind wir da widerwillig – zu den tatsächlich nötigen Anpassungen.

Und dies gilt: Was die Armen bekommen, die kein eigenes ausreichendes Einkommen haben, soll den Mindestbedarf für ein menschenwürdiges Leben sichern. Was ist menschenwürdig? Darüber entscheiden dann Kommissionen, die sich durchaus nicht über die Bedürfnisse von Menschen hinwegsetzen und die in das Paket an Hartz-IV-Leistungen, an Mindestbe-

darfssicherung, an Grundsicherung sehr wohl auch kulturelle Bedürfnisse von Menschen implizieren.

Über 100 Ferienheime

Wenn wir immer von den Leistungen für Hartz-IV-Empfänger oder deren Kinder reden, dann muss man auch dazusagen, dass mit dem Teilhabepaket für alle Schulausfüge die tatsächlichen Kosten übernommen werden, dass für den Schulbedarf 100 Euro



jährlich gezahlt werden, dass für Beförderung und Lernförderung die tatsächlichen Kosten übernommen und für Mittagverpflegung ein Zuschuss gezahlt wird, obwohl das Essen schon in der Grundversorgung enthalten ist. Für Vereine oder die Musikschule gibt es 10 Euro im Monat.

Das alles muss man dazurechnen, ebenso wie die weit über 100 Ferienheime für bedürftige Familien, die mit einer erheblichen Förderung in allen Bundesländern in den wunderschönsten Gegenden Deutschlands sozial Schwä-

cheren mit ihren Kindern einen Urlaub ermöglichen. Das sind alles Leistungen und Angebote – und ich könnte mir noch viel mehr ausdenken –, die ich in unserem gesellschaftlichen Gebaren ablese und die man dazurechnen muss, wenn man über dieses Thema redet.

Armut ist relativ

Armut ist also sehr relativ. Ich stamme aus einer armen Familie. Meine Mutter hat mir die zweite Tasse Milch immer vorgerechnet und gesagt: Denk an deine Geschwister! – Meine Frau und ich haben unsere Kinder bewusst bescheiden erzogen, weil wir uns nie vorstellen konnten, dass der Reichtum dieser Gesellschaft, den wir im Westen absehen konnten, so anhalten wird. Wir werden uns noch alle wundern. Wenn es uns dann nicht gelingt, uns in unserem eigenen Leben mit dem, was wir für nötig erachten und was das Leben auch etwas schöner machen kann, zu begnügen und damit auszukommen, dann werden wir immer in der Schraube stehen, dass wir uns als die Ärmern fühlen, weil Armut immer eine Frage von Vergleich ist.

Wenn wir die Armutsbio grafen ansehen – darauf haben viele Vorredner hingewiesen –, dann ist es immer so, dass Armut vererbbar ist, zwar nicht wie ein reich gefülltes Konto, das man verschleudern könnte, aber in der Weise, dass Eltern, die nicht in

Fortsetzung der Rede von Seite 2

der Lage sind, mit dem, was ihnen zur Verfügung steht, vernünftig auszukommen, tatsächlich arm sind an Lebensbewältigung. Sie sind nicht in der Lage, ihr Leben so zu gestalten, dass sie sagen: Auch wenn ich weniger Geld habe als andere, versuche ich, mit diesem Geld mein Leben zu bewältigen. – Das erleben Kinder schon sehr früh.

Fehlende Primärqualifikationen

Es geht auch um Primärsozialisation. Gehen Sie bitte in die Arbeitsämter und Jobcenter – ich habe das gemacht – : Was sind denn die wesentlichen Hemmnisse bei der Eingliederung von Arbeitslosen? Dass sie nicht einmal über die Primärqualifikation für eine ordentliche Arbeit verfügen – also Ausdauer-, Fleiß- und Anstrengungsbereitschaft und die ganz einfachen Tugenden von Höflichkeit, Ordnung und Pünktlichkeit –, macht sie auf dem Arbeitsmarkt ärmer, sodass Arbeitgeber sagen – das haben mir viele versichert –: Wenn die mit einem Schein vom Arbeitsamt zu mir kommen, dann kann ich sie nicht einstellen; ich kann sie einfach nicht gebrauchen. Das tut mir leid.

Wer dann in der Arbeitslosigkeit verbleibt, sind Menschen, die nicht über diese Kompetenzen, geschweige über darauf aufbauende Bildungskompetenzen, verfügen. Das ist sehr bedauerlich, aber eine solche Debat-

te wie diese eignet sich nicht, um Klassenkampf zu führen und die Verhältnisse der Reichsten und der Ärmsten zu vergleichen und zu sagen: Daraus machen wir mal den Durchschnitt, und dann funktioniert das alles. – Das funktioniert nicht. Es funktioniert auch nicht, mit Schaum vor dem Mund die anderen Partei-



en zu beschimpfen und ihnen etwas vorzuwerfen.

Es gibt auch nicht das Allheilmittel einer Familie, wie sie sich in der Vergangenheit ausgebildet hat, weil Menschen nicht mehr so leben wollen und wir in unseren Demokratien das nicht vorschreiben wollen. Das hat mein Kollege auch sehr gut ausgeführt.

Mehr Patenschaften

Wir sollten in der immer wieder andauernden Armutsdebatte einen Schritt weiterkommen und versuchen, der multifunktionalen Situation und den multifaktoriellen Bedingungen von Armut in einem ordentlichen Gespräch nachzugehen, statt uns hier immer Zahlen um die Ohren zu hauen. Das bringt uns einfach nicht weiter.

Erziehung, Bildung, Qualifikation und dann Arbeit: Das ist die Reihenfolge, in der Armut bekämpft werden kann. Die CDU hat hier sehr viel getan und sehr viele Menschen in Arbeit gebracht. Das ist der richtige Weg. Wir müssen überlegen, warum die Menschen, die heute ihr Einkommen nicht durch Arbeit erwirtschaften können, keine Arbeit finden. Was müssen wir tun? Da gibt es viele Programme. Ich bin sehr froh, dass auch unser Familienministerium wiederum die Töpfe für frühe Hilfen, für Patenschaften und für Begleitung von Familien pflegt, allerdings aus meiner Sicht immer noch zu wenig. Wir pflegen sie und halten sie, weil wir neben Geldleistungen – diese sind immer notwendig; das will ich nicht bestreiten – denjenigen, die ihre Kinder nicht ausreichend sozialisieren können, die aus unterschiedlichen Gründen die Kraft dazu nicht haben – auch weil wir manchmal Familien durch unsere Maßnahmen zerstören –, Hilfe geben wollen.

Ich wünsche mir, dass wir weiterkommen und Armut differenzierter betrachten, damit wir sie erfolgreich bekämpfen können.

Danke schön.

<https://www.bundestag.de/mediathek?video-id=7245367#url=L21IZG1hdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjQ1MzY3&mod=mediathek>

Israels Ex-Botschafter Primor in Frankfurt (Oder)

Vor 70 Jahren wurde der Staat Israel gegründet. Aus diesem Anlass veranstalten die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die Deutsch-Israelische Gesellschaft am Montag, 18. Juni 2018, um 18 Uhr eine Diskussionsveranstaltung im Kleist-Museum in Frankfurt (Oder). Nach meinem Grußwort besteht die Möglichkeit, mit dem ehe-

maligen israelischen Botschafter Avi Primor ins Gespräch zu kommen. Primor war von 1993 bis 1999 Botschafter in Deutschland. In dieser Zeit wurde er eine der wichtigsten Stimmen des deutsch-israelischen Dialogs. Er wird an diesem Abend nicht nur die Entwicklung der einzigen Demokratie des Nahen Osten in sieben wechsel-

vollen Jahrzehnten darstellen, sondern auch auf das moderne Israel und Lösungsmöglichkeiten des Nahostkonfliktes eingehen.

Anmeldung erbeten unter Tel: 0331/74 88 76-0, Fax 0331/74 88 76-15 oder Mail: kas-brandenburg@kas.de.

Diskussionsveranstaltung: Anderes Aussehen

Was erleben Menschen im deutschen Alltag, wenn sie nicht deutsch aussehen oder keinen deutschen Namen haben? Unter dem Titel „Anderes Aussehen? Anderer Name? (K)ein Hindernis?“ findet am Mittwoch, 20. Juni

2018, um 18 Uhr im Kleist-Museum in Frankfurt (Oder) ein Gespräch über Rassismus in unserer Gesellschaft statt, an dem ich ebenfalls teilnehme. Veranstaltet wird die Diskussion vom Aufbruch Neukölln, einem Verein aus Berlin

Neukölln, der sich das Miteinander auf die Fahne geschrieben hat. Fragen aus dem Publikum werden den Hauptteil der Diskussion stellen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit für einen persönlichen Austausch.

Europa-Diskussion mit Dr. Norbert Röttgen

„Europas Rolle in der Welt“ ist das Thema einer Podiumsdiskussion, an der ich zusammen mit meinem Fraktionskollegen Norbert Röttgen teilnehme. Die Diskussion findet am Mittwoch, 27. Juni 2018, im Logensaal (Logenstr. 11) in der Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) statt.

Es geht um Europas Rolle zwischen transatlantischer Krise, russischen Verunsicherungen und politischen Herausforderungen in der Nachbarschaft. Die Universität wird in der Dis-

kussion durch Prof. Timm Reichelt vertreten. Um Anmeldung

an registration@europa-uni.de wird gebeten.



Bildrechte: Norbert Röttgen, MdB

Handlungsräume philippinischer Menschenrechtsverteidiger

Am Mittwoch (13.06.2018) hatte ich zusammen mit der Menschenrechtsorganisation International Peace Observers Network e. V. (IPON) zum Thema „Shrinking Spaces – Handlungsräume philippinischer Menschenrechtsverteidiger*innen vergrößern“ in den Deutschen Bundestag eingeladen. Neben IPON-Landeskoordinator Dominik Hammann nahm Pilgrim Bliss Gayo, Repräsentantin des Network Against Killings in the Philippines, an der Veranstaltung teil. Gut 30 Gäste nutzten die Gelegenheit für einen intensiven Gedanken- und Meinungsaustausch zur ak-

tuellen Lage auf den Philippinen. Seit der Amtseinführung Rodrigo Duterte als Präsident der Philippinen im Juli 2016 entwickelt sich das Land zu einer Diktatur, in der die Regierung vehement gegen Regierungskritiker vorgeht und sich Oppositioneller entledigt. Dabei werden zivilgesellschaftliche Handlungsräume für Menschenrechtsverteidiger systematisch beschnitten und eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund dieses Anti-Menschenrechtskurses sehen sich Menschenrechtsverteidiger akuten Bedrohungen ausgesetzt. Mit Unterzeichnung der UN-

Deklaration zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern hat sich die philippinische Regierung verpflichtet, zivilgesellschaftliche Handlungsräume zu schützen und zu erweitern. Mit Hilfe von Menschenrechtsbeobachtung strebt IPON die Gewährleistung der Sicherheit von Menschenrechtlern an. Diese sollen sich auch weiterhin friedlich in lokalen Konflikten einbringen und ihr soziales Engagement frei von Repressionen und Gewalt ausüben können.

Fairer Frühstart im Bundestag

Mitglieder des Deutschen Bundestages und deren Vertreter starteten am Freitag (15.06.18) fair in den Tag. Das Forum Fairer Handel und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung, Herr Norbert Barthle, veranstalteten das erste faire parlamentarische Frühstück der Legislaturperiode. Parlamentarier informierten sich über den Fairen Handel in Deutschland und den Einsatz der Fair-Handels-Bewegung für mehr Gerech-

tigkeit im Welthandel. Für das Forum Fairer Handel war es der passende Rahmen, um den politischen Anspruch der Fair-Handels-Bewegung zu unterstreichen. Deutschland hat sich im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dazu verpflichtet, weltweit für sozial- und umweltverträgliche Produktionsweisen zu sorgen. Dafür bedarf es eines starken Schulter-schlusses zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den Konsumenten. Der Faire Handel in Deutschland zeigt seit über 40 Jahren, dass Fairness, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht im Widerspruch zu erfolgreichen Handelsbeziehungen stehen.

V.l.: Martin Patzelt, Peter Tauber, Manuel Blendin
© Forum Fairer Handel/ Andreas Müller.



Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Joram Ulmke
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Kommunikation im politischen Kontext



Wie funktioniert Öffentlichkeitsarbeit in einem Abgeordneten-Büro? Mein Masterstudium „Kommunikationsmanagement“ an der Hochschule Hannover hat mich bereits vieles über kommunikative Interessenvertretung gelehrt.

Eine Antwort auf die obige Frage habe ich allerdings noch nicht gefunden - bis vor vierzehn Tagen. Da starteten meine zwei Wochen Praktikum im Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt.

Die beiden Sitzungswochen ermöglichten mir einen spannenden Einblick in den Alltag des Bundestages. Unter anderem begleitete ich Herrn Patzelt zu den Arbeitsgruppen und Ausschüssen „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ und „Menschenrechte

und humanitäre Hilfe“. Außerdem unterstützte ich das Abgeordnetenbüro bei organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben.

Durch die Brille meines Fachs blickte ich vor allem auf die Themendynamik politischer Debatten. Wie werden relevante Issues gebildet und wie weiterverarbeitet? Gerade bei emotional aufgeladenen Themen wie denen rund um das Menschenrecht ist es nötig, professionelle Kommunikationsmaßnahmen zu ergreifen.

Besonders in Erinnerung bleiben wird mir die „Neuregelung zum Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte“. Der Gesetzentwurf sorgte nicht nur in der medialen Öffentlichkeit, sondern auch hier im Bundestag für einen kontroversen Diskurs – ganz so, wie man sich politische Auseinandersetzungen

in einem demokratischen Staat vorstellt.

Um die Kommunikationsarbeit des Abgeordnetenbüros besser zu verstehen, verfasste ich zu diesem Sachverhalt einen Newsletter-Artikel. So lernte ich exemplarisch, wie man die Meinung eines Abgeordneten in aggregierter Form niederschreibt.

Zu Papier bringen möchte ich an dieser Stelle etwas weiteres, und zwar meinen Dank an Herrn Patzelt und an seine Mitarbeiter dafür, dass ich diese einmaligen Erlebnisse mit nach Hause tragen darf. Ich möchte jeden dazu ermutigen, sich für ein Schnupperpraktikum zu bewerben. Erst wenn man den Bundestag „von innen“ gesehen hat, versteht man wirklich, wie politische (Kommunikations-)Arbeit gelebt wird.

Anna-Katharina Nuxoll